

Unterrichtung
(zu Drs. 16/2409 und 16/3063)

Der Präsident
des Niedersächsischen Landtages
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 10.12.2010

Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen und in Ausbildungsbetrieben für den europäischen Arbeitsmarkt fit machen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2409

Beschlussesempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 16/3063

Der Landtag hat in seiner 93. Sitzung am 10.12.2010 folgende Entschließung angenommen:

Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen und in Ausbildungsbetrieben für den europäischen Arbeitsmarkt fit machen

In einem immer stärker zusammenwachsenden Europa und in einer globalisierten Welt tragen die Schulen eine besondere Verantwortung für die internationale Ausrichtung und die interkulturelle Kompetenz junger Menschen. Die Europaschulen haben dabei eine Vorbildfunktion. Unter den 81 Europaschulen in Niedersachsen sind 17 Berufsbildende Schulen.

Es kommt darauf an, noch mehr junge Menschen fit für den europäischen Arbeitsmarkt zu machen und dadurch ihre berufliche Perspektive zu verbessern sowie den Betrieben in Niedersachsen zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit interkultureller Kompetenz zu verhelfen.

So haben sich z. B. die Berufsbildenden Schulen (BBS) Syke beispielhaft als Europaschule profiliert. Sie unterhalten Partnerschaften mit Schulen in Spanien, den Niederlanden, Italien, Lettland, Finnland, Dänemark, Polen, Bosnien-Herzegowina und Serbien und sind mehrfach für ihr Engagement im Rahmen des Programms LEORNADO DA VINCI ausgezeichnet worden. So sorgen die BBS Syke dafür, dass auch von anderen berufsbildenden Schulen insgesamt also etwa 60 Schülerinnen und Schüler pro Jahr an die Standorte der kooperierenden Bildungszentren in den Partnerländern entsandt werden. In den Aufnahmeländern absolvieren sie als Bestandteil ihrer beruflichen Bildung sechs- bzw. achtwöchige Lernabschnitte in ausgewählten Betrieben. Die BBS Syke garantiert die Anerkennung der im Ausland absolvierten Ausbildungsabschnitte durch den Europass Mobilität.

Insbesondere gilt es, vor diesem Hintergrund folgende schulische und/oder betriebliche Angebote zu unterbreiten:

- Wissen über die EU und die mit ihr verbundenen Partizipationsmöglichkeiten z. B. durch entsprechende Unterrichtseinheiten oder die Teilnahme an europäischen Wettbewerben,
- Lernabschnitte im Ausland für Auszubildende, betriebliche Ausbilder und Lehrkräfte.

Die Erfassung der von den Schülerinnen und Schülern im europäischen Ausland erbrachten Leistungen im Europass wird als sehr sinnvoll angesehen, um ihnen mit dieser Dokumentation eine wertvolle Einstiegshilfe in das Berufsleben zu geben.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung zu prüfen, ob und inwieweit

1. die bereits an einigen BBS erfolgreich stattfindenden Mobilitätsprojekte von Auszubildenden mit EU-Partnern wie Partnerschulen oder Betrieben auf die BBS landesweit ausgedehnt werden können,

2. Kompetenzzentren zur Begleitung von europäischen Projekten in Zusammenarbeit mit dualen Partnern und Kammern bzw. Innungen geschaffen werden können,
3. Zusatzqualifikationen wie Europakauffrau/-mann, Europaassistentin/-assistent im Handwerk an BBS angeboten werden können,
4. der Titel „Europaschule“ nur befristet vergeben und im Rahmen einer Evaluierung geprüft wird, inwiefern die jeweilige Schule durch ihre Arbeit, ihr Engagement und ihr Angebot dem einmal erworbenen Titel auch in Zukunft gerecht werden kann und
5. Mittel aus dem Sonderprogramm für transnationale Projekte im Europäischen Sozialfonds (ESF) genutzt werden können.